

Antrag

der Fraktion der FDP

Aufgabenheft für die Berliner Bildungsverwaltung

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Berliner Bildungslandschaft braucht motiviertes Personal, engagierte Schulgemeinschaften, aber vor allem auch die baulichen und infrastrukturellen Voraussetzungen, um möglichst jedem Schulabgänger und jeder Schulabgängerin einen leistungsgerechten Abschluss zu erschließen.

Dieses Klassenziel hat die Koalition aus SPD, B90/Die Grünen und Die Linke in den letzten fünf Jahren nicht erreicht. Nach mehr als 25 Jahren Bildungsverantwortung der SPD bescheinigt die Koalitionsvereinbarung der Berliner Bildungspolitik ein Nachsitzen bei weiter bestehenden Grundproblemen.

Das Abgeordnetenhaus sieht es noch mehr als bisher als seine Aufgabe an, klare Leistungserwartungen zu formulieren und die neue Spitze der Bildungsverwaltung an den in der Koalitionsvereinbarung formulierten Selbstverpflichtungen zu messen.

Qualifizierte Fachkräfte sind der Schlüssel zum Bildungserfolg

Anspruch der Berliner Bildungspolitik muss es sein, den durch Fachkräftemangel bedingten Unterrichtsausfall in Berliner Bildungseinrichtungen wirksam zu beenden. Vorrangiges Ziel muss es deshalb sein, transparente und zuverlässige Karriereperspektiven für alle im Bildungsbereich Beschäftigten zu ermöglichen.

Um Fachkräfte gezielt für das Berliner Bildungssystem anzusprechen, auszubilden und nachhaltig zu binden, braucht es dazu eine smarte Personalpolitik jenseits teurer Scheinlösungen wie etwa der Verbeamtung.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert den Senat auf, die angestrebte positive Veränderung, Erschließung und Erweiterung der Personalpotentiale durch folgende Maßnahmen voranzubringen:

1. Die sorgsame Erfassung der schulspezifischen Bedarfe in allen Berufsgruppen der Schulfamilie.
2. Smarte Personalprozesse und schulscharfes Matching der Bewerberinnen und Bewerber (unter Berücksichtigung der Ausgewogenheit im Geschlechterverhältnis und in der Altersstruktur) mit schulbezogenen Ausschreibungen zur Stellenbesetzung.
3. Die Digitalisierung der Verwaltung (z. B. zur Automatisierung der Eingangsprozesse für Bewerbungen, den Aufbau und Einsatz von Skill-Datenbanken für Bewerberinnen und Bewerber etc.).
4. Die Betreuung und Begleitung der neuen Mitglieder multiprofessioneller Schulkollegien während des Bewerbungsprozesses und in der Einarbeitungsphase, insbesondere auch an beruflichen Schulen.
5. Die vollständige Umsetzung der Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz in der Lehrerbildung an den Berliner Universitäten.
6. Die nachhaltige Ausbildung und verpflichtende Weiterbildung des Personals für Kitas und Schulen nach den Empfehlungen der Qualitätskommission zur Schulqualität in Berlin („Köller-Bericht“), insbesondere zur Vermittlung des Erwerbs der deutschen Sprache in Wort und Schrift und der Diagnose von entsprechenden Schwächen mit dem Ziel ergänzender Förderung.
7. Den Umbau und die Fortentwicklung der Schulaufsicht zur Qualitätssicherung im Wettbewerb um hochqualifizierte Kräfte bei attraktiven Vergütungsstrukturen und Arbeitsbedingungen,
8. Eine realistische Evaluation laufender Schulversuche mit dem Ziel der Anwendung ihrer positiven Innovationen im alltäglichen Regelbetrieb bzw. ihrer Einstellung bei negativem Befund,
9. Die Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern in prüfungsintensiven Fächern und die Aufnahme von Lehrern mit nur einem Schulfach in den Landesdienst und das entsprechende Dienstrecht.
10. Die Lehrerausbildung an Seminar-/Lehrschulen und mindestens für Grund- und beruflichen Schulen auch an Fachhochschulen.

Bedarfsgerechter Schulbau für Berlin Bildungslandschaft als modernen Lehr- und Lernraum

Der Lehr- und Lernerfolg aller am Bildungsprozess Beteiligten hängt auch von einem räumlichen Umfeld ab, das Atmosphäre für Kommunikation, Kooperation, Kreativität und kritisches Denken schafft und sichert.

Der Landesrechnungshof hat 2020 kritisiert, dass der Bedarf an zusätzlichen Flächen für die Bildung nur unpräzise ermittelt wird. Doch unabhängig von den erhobenen Daten im Detail braucht die Berliner Bildung mehr Investitionen in ihre bauliche Infrastruktur erst recht wenn die Forderung nach kleineren Klassen, die seit langem die pädagogische Debatte bestimmt, und der berechtigte Wunsch, auch Schülerinnen und Schüler ohne Rückzugsräume für das konzentrierte Lernen Flächen zu erschließen, die Knappheit an angemessen Raumkapazitäten in den Fokus rückt.

Die bisherigen Bemühungen des Senats, erkannte Bedarfe durch organisatorische Verbesserungen schneller zu decken, reichen nicht aus. So ist es der letzten Koalition nicht gelungen, die Bezirke in der Schulbauoffensive zu stärken. Die erst 2017 geschaffenen Regionalverbünde sollen nun wieder aufgelöst und das Personal der Senatsebene zugeschlagen werden.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert den Senat auf, die Schulinfrastruktur durch folgende Maßnahmen zu verbessern:

1. Frühzeitige und echte Beteiligung der Schul- und Bezirksgremien wie der Vertretung des pädagogischen Personals (in Schulkonferenz und Bezirksschulbeiräten und entsprechender Gremien auch der beruflichen Schulen) in der Phase Null der einzelnen Bauvorhaben.
2. Wiederaufnahme und Fortschreibung der bis 2018 üblichen Schulentwicklungspläne als Steuerungsinstrument.
3. Beachtung der Vorgaben des Musterschulprogramms bei der Grundstücksauswahl zur Fokussierung der Ressourcen auf den Standardbau zur Vermeidung von Zusatzkosten für planerisch anspruchsvollere Grundstücksflächen geringerer Eignung.
4. Die erwünschte sozialräumliche Öffnung der Bildungseinrichtungen soll durch entsprechende Planungen (z.B. für den Einbau vollwertiger Küchen) bei Baumaßnahmen gefördert werden.
5. Auch jenseits der Pandemie verdient die Raumluft- und damit Aufenthaltsqualität der Schul- und insbesondere Unterrichtsräume hohe Aufmerksamkeit. Dazu sind bei allfälligen Neubau- und Umbaumaßnahmen moderne Filter- und Belüftungsmöglichkeiten einschließlich CO₂-Ampeln baulich zu integrieren.
6. Verbesserung der Arbeitsplätze der Lehrenden durch Aus- und Umbau der Lehrerzimmer zu hochwertigen Co-Working-Spaces mit geeigneter Infrastruktur an ergonomischen Büromobiliar (Schreibtische und Bürostühle)
7. Zur Beschleunigung der Schulbauoffensive werden die dafür bisher von der HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH gestellten personellen Kapazitäten mit den Kräften aus den aufgelösten Regionalverbünden und der Senatsverwaltung in einer landeseigenen Infrastrukturgesellschaft nach dem Hamburger Vorbild zusammengeführt, die alle Schulen zentral saniert und ausbaut.

Die Digitalisierung erschließt Berlin eine neue Bildungswelt

Die anhaltende Pandemie hat die bisherigen Grenzen, aber auch die Chancen digitaler Bildung klar hervortreten lassen. Die Digitalisierung ergänzt das pädagogisch didaktische Instrumentarium und macht modernen Unterricht ortungebunden verfügbar. Die Digitalisierung an den Schulen Berlins umfasst vier Teilbereiche, die forciert angegangen werden müssen:

- Die Bereitstellung der digitalen Bildungsinfrastruktur inklusive der steuernden Komponenten des Ideenmanagements (IDM), der Mobilgeräteverwaltung (MDM), Webshops etc. als Grundlage für den Ausbau des digitalen Arbeitens und Lernens.
- Die zentrale Bereitstellung von Arbeitsplätzen für die Verwaltungskräfte an den Schulen.
- Die Bereitstellung digitaler zentraler und dezentraler Lehrkräftearbeitsplätze.

- Die Bereitstellung digitaler zentraler und dezentraler Lernplätze für alle Schülerinnen und Schüler.

Im August 2021 hat die Bildungsverwaltung eine Strategie für Bildung in der digitalen Welt veröffentlicht. Sie adressiert die genannten Teilbereiche: Die dafür relevanten Prozesse, Organisationseinheiten und Ablaufschemata sollen methodisch erfasst und als Grundlage für die Steuerung der Digitalstrategie transparent gemacht werden. Dieser Strategie fehlen verlässliche Meilensteine allerdings fast vollständig.

Deshalb fordert das Abgeordnetenhaus von Berlin von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie:

1. Ein Infrastruktur- und Architekturkonzept, das einen klaren Fahrplan für den Ausbau der digitalen Bildungsinfrastruktur an allen Berliner Bildungseinrichtungen benennt (Berichtsdatum 31. März 2022).
2. Eine Evaluation der für das Schuljahr 2021/ 22 angekündigten und umgesetzten Instrumente, zum Beispiel das Berliner Schulportal (Berichtsdatum 30. Juni 2022).
3. Eine Konkretisierung der Meilensteinplanung für alle Handlungsfelder mit verbindlichen Zeitvorgaben für die Umsetzung der einzelnen Teilprojekte (Prüfungsdatum 30. Juni 2022).
4. Einen Rechenschaftsbericht über die Umsetzung der zentralen Schulverwaltungsumgebung (Berichtstermin 30. Juni 2022 gemäß Konzept des Senats vom August 2021).
5. Ein Konzept zur kritischen Überprüfung und Beseitigung verbliebener regulatorischer Digitalisierungshemmnisse im Schulbetrieb wie zum Beispiel die Beseitigung des Verbots von Mobiltelefonen im Unterricht.
6. Einen Finanzierungsplan, der die Digitalisierungsstrategie im Doppelhaushalt 2022/2023 und im Austausch mit dem Bund auskömmlich, realitäts- und zeitnah mit den Ressourcen aus dem Landes- und Bundeshaushalt unterlegt.

Begründung

Berlins Bildungspolitik hat kein Erkenntnisproblem. Sie weiß um ihre Stärken und Schwächen, erst recht aber die Mängel und Optimierungspotentiale, die in der Pandemie noch deutlicher hervorgetreten sind.

Berlins Bildungsverwaltung fehlt es an Führung auf dem Weg zur Umsetzung von Lösungen für die Praxis. Es mangelt an administrativen und organisatorischen Fähigkeiten oder schlicht am Willen, flexibel auf die Bedürfnisse und Herausforderungen bester Bildung zu reagieren.

Das bringt auch die Koalitionsvereinbarung von SPD, B90/Die Grünen und Die Linke zum Ausdruck, die bekannte Problemfelder anspricht, für die sie schon in der 18. Legislaturperiode keine befriedigenden Lösungen präsentieren konnte.

Gründe hierfür sind Defizite bei der Prognose- und Planungsfähigkeit, aber auch eine dysfunktional-überreguliert erscheinende Projektentwicklung und -steuerung des Senats und insbesondere in der Bildungsverwaltung.

Das Aufgabenheft stellt Maßnahmen für die zentralen Herausforderungen Fachkräftemangel, Schulbau und digitale Infrastruktur zusammen, die erforderlich und mittelbar umzusetzen sind, um die Berliner Bildungslandschaft aus der Theorie der guten Absichten zu einer Politik der besten Bildung zu führen, damit der gute Wille praxisfähige Wirklichkeit wird.

Berlin, 4. Januar 2022

Czaja, Fresdorf
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin